

Aus 2000 bleiben 100 Euro Ordnungsgeld übrig

Nichts ist so öffentlich wie eine nicht öffentliche Stadtratssitzung.

Constanze Truschzinski will notfalls dagegen klagen
Pößneck (OTZ/mko). Die Pößnecker PDS-Stadträtin Constanze Truschzinski muss keine 2000, sondern lediglich 100 Euro Ordnungsgeld "wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Verschwiegenheitspflicht" an die Pößnecker Stadtkasse zahlen. Das hat der Pößnecker Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung mehrheitlich beschlossen. Entsprechende OTZ-Informationen bestätigten gestern auf Anfrage sowohl Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler) als auch Truschzinski. Das Ordnungsgeld hatte die FDP/FW-Fraktion beantragt (OTZ vom 10. Dezember).

Die entsprechende Erörterung fand nicht öffentlich statt. Truschzinski hatte zwar erwartungsgemäß eine öffentliche Beratung der Angelegenheit beantragt, setzte sich allerdings trotz fünf Unterstützungsstimmen sogar aus der CDU nicht durch. "Es gibt ein öffentliches Interesse an dem Verfahren", hatte Truschzinski u. a. argumentiert. Ihr Parteifreund Fritz Kleine hielt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stadtrates mit der Thüringer Kommunalordnung dagegen, die in solchen Fällen u. a. die "Willensbildung" im Stadtrat schützt. Weil sie dann als befangen galt, konnte Truschzinski nicht nur nicht an der, wie zu hören war, lebhaften Diskussion teilnehmen, sie musste auch ordnungsgemäß den Ratssaal verlassen.

Bereits im Vorfeld hatte sich abgezeichnet, dass es der FDP/FW nicht ums Geld ging. Truschzinski sollte aber schon spüren, hieß es, dass sie die Verschwiegenheitspflicht ernst zu nehmen habe. "Das hat nichts mit 'mundtot machen' zu tun", reagierte Modde auf den entsprechenden Vorwurf in einer Pressemitteilung der streitbaren Linken. "Man sollte aber erst einmal nachdenken, bevor man sinnlos provoziert", lautet die Empfehlung des Bürgermeisters.

"Bestrafung hinter verschlossenen Türen, ohne die Beteiligte anzuhören - sehr demokratisch", findet indes Truschzinski. "Es wurde gefeilscht wie auf dem Basar", lautet ihr Eindruck nach dem, was sie aus der nicht öffentlichen Debatte berichtet bekam. "Ich warte jetzt den Vollzug des Beschlusses ab und werde gegen den Bescheid Widerspruch einlegen", resümierte sie. Und offenbar geht es auch ihr nicht ums Geld. Wenn's sein müsse, werde sie gegen den Bescheid auch klagen, kündigte Truschzinski an.